

INHALT

1. Infrastrukturbericht legt Investitionsstau von mehr als 2 Milliarden Euro offen
2. Gesetzentwurf der Bundesregierung ermöglicht Ausschluss Schleswig-Holsteins beim Fracking
3. CDU liefert Fakten zu Stegners „Faktencheck“ nach
4. Innenminister gibt Forderung der CDU-Fraktion nach Präventionskonzept gegen Salafismus nach
5. Oberverwaltungsgericht: Habeck muss beim Knickschutz nachbessern
6. CDU fordert gemeinsame Lösungssuche für Kameradschaftskassen der Feuerwehr

21.11.2014

**Infrastrukturbericht legt Investitionsstau von mehr als 2 Milliarden Euro offen
CDU-Fraktion fordert Priorität für Investitionen**



CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Daniel Günther

In dieser Woche meldeten die „Kieler Nachrichten“ vorab einen Teil der Ergebnisse des für Ende des Jahres erwarteten Infrastrukturberichts der Landesregierung.

Danach fehlen bis zum Jahr 2024 mehr als 2,2 Milliarden Euro, um die Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Bildung, Gesundheit und Kultur zu sanieren. Besonders hart getroffen ist

die Verkehrsinfrastruktur: 1,4 Milliarden Euro wären nötig, eingeplant hat die SPD-geführte Landesregierung 335 Millionen Euro. In der Gesundheit fehlen 674 Millionen Euro, in der Bildung beträgt die Lücke 299 Millionen Euro.

Finanzministerin Heinold blieb auch angesichts dieser Zahlen dabei, die Investitionsquote im kommenden Jahr mit 7,1 Prozent so niedrig wie nie zuvor anzusetzen. Die Prioritätensetzung von SPD, Grünen und SSW sei richtig.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer Daniel Günther kündigte dagegen für kommende Woche Haushaltsanträge seiner Fraktion an: „Der Investitionsbericht muss Auswirkungen auf den Haushalt 2015 haben. Die Haushaltsansätze von SPD, Grünen und SSW verschlimmern das Problem noch“, so Günther. Nur durch eine schnelle Umsteuerung könne Schleswig-Holstein als Wirtschaftsstandort bestehen und Arbeitsplätze langfristig gesichert werden.

Das Statistkamt vermeldete ebenfalls in dieser Woche einen im Gegensatz zum Nachbarn Hamburg deutlichen Rückgang der privaten Investitionen im nördlichsten Bundesland.

Bei insgesamt rückläufigen Zahlen sank im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein besonders die Investitionssumme in Gebäude und Grundstücke. Mit nur noch 107 Millionen Euro wurden im Vergleich zum Vorjahr ganze elf Prozent weniger in diesem Bereich ausgegeben.

Link zur Meldung des Statistkammtes Nord:

http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/SI14_183.pdf

Gesetzentwurf der Bundesregierung ermöglicht Ausschluss Schleswig-Holsteins beim Fracking CDU: Habeck soll hier im Land seinen Job machen



Heiner Rickers, agrar- und umweltpolitischer Sprecher

Fracking soll in Deutschland stark eingeschränkt, aber nicht gänzlich verboten werden. Dies geht aus dem Gesetzentwurf von Bundesumweltministerin Hendricks (SPD) hervor, den sie in dieser Woche vorlegte.

„Mit diesem Entwurf kann eine Schleswig-Holsteinische Landesregierung bereits Probebohrungen zur Erforschung untersagen. Ohne Probebohrungen ist auch die tatsächliche Förderung durch Fracking unmöglich. Das kommt der von uns geforderten Länderklausel gleich“, erklärte der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU- Landtagsfraktion, Heiner

Rickers seine grundsätzliche Zustimmung in Kiel.

Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck reagierte auf die Pläne der Bundesregierung mit der Forderung nach einem bundesweiten Verbot von Fracking. Rickers wies die Kritik von Habeck an dem Gesetzentwurf zurück. Er greife die Kernforderungen der Nord-CDU auf. So gelte ein absoluter Vorrang für den Schutz von Mensch und Umwelt. Risiken für Mensch und Umwelt müssten vollständig ausgeschlossen sein.

„Habeck ist für Schleswig-Holstein zuständig. Hier kann er mit dem neuen Bundesgesetz Fracking ausschließen. Darum soll er sich schnellstmöglich kümmern, anstatt von Kiel aus anderen Bundesländern Vorschriften zu machen“, forderte Rickers.

Der CDU-Abgeordnete spielte damit unter anderem auf Niedersachsen an. Die dortige Koalitionsregierung aus SPD und Grünen hatte sich dafür eingesetzt, das bei ihnen seit Jahrzehnten eingesetzte konventionelle Fracking zu erhalten. Die rot/grüne Landesregierung in Niedersachsen zeigte sich entsprechend zufrieden mit dem Kompromiss.

„Habecks Kritik an den Vereinbarungen der Koalitionspartner in Berlin ist deshalb scheinheilig. Er sollte sich erst mit seinen grünen Parteifreunden aus Niedersachsen beraten, bevor er ein bundesweites Verbot fordert“, so Rickers abschließend.

CDU liefert Fakten zu Stegners „Faktencheck“ nach Arp kontert Facebook-Post des SPD-Landesvorsitzenden



Hans-Jörn Arp, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion

In den letzten Wochen hat es wegen der Nachbesetzung von Stellen im Landesrechnungshof, des Datenschutzbeauftragten und der Leitung der Landeszentrale für Politische Bildung öffentlichen Streit gegeben. SPD, Grüne und SSW wurden in den Medien wegen ihres Vorgehens scharf kritisiert. Vergangenes Wochenende stellte SPD-Landes- und Fraktionschef Ralf Stegner unter der Überschrift „Was ist eigentlich SPD-Machtpolitik in Schleswig-Holstein?“ seine Sicht der Dinge auf Facebook dar.

„Natürlich ist die SPD unter Stegners Führung nur ein unschuldiges Opfer. Leider erscheint die Darstellung durch den sechsten Stellvertreter Sigmar Gabriels manchmal ein wenig einseitig. Deswegen liefere ich an dieser Stelle ein paar Dinge nach“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Hans-Jörn Arp, Mitte der Woche auf Facebook – ergänzt durch eine Gegenüberstellung von Stegners Fakten und „bei Stegner fehlenden

Fakten“.

Hier der Link:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/faktencheck.jpg>

Innenminister gibt Forderung der CDU-Fraktion nach Präventionskonzept gegen Salafismus nach Damerow: Schritt kommt zu spät und ist zu klein



Astrid Damerow, integrationspolitische Sprecherin

Seit Monaten fordert die CDU-Fraktion ein Präventionskonzept gegen Salafismus. Bislang wurde dies von SPD, Grünen und SSW rigoros abgelehnt. Nach Auffassung der Regierungsfaktionen war die Projekte zur Demokratieförderung ausreichend. Die CDU hatte bemängelt, dass die Mittel nahezu ausschließlich in Projekte gegen Rechtsextremismus fließen.

„Uns wurde von den Regierungsfaktionen ein falscher Extremismusbegriff vorgeworfen. Ihre Abgeordneten haben sogar Warnungen des Verfassungsschutzes vor religiösem Extremismus kritisiert. Deshalb muss man bei dieser Landesregierung schon so späte und kleine Schritte begrüßen“, erklärte die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow. Wie so oft reagiere die Landesregierung viel zu spät und erst auf Druck.

Laut einer Pressemitteilung des Innenministeriums soll die aus zwei Mitarbeitern bestehende Landeskoordinierungs- und Beratungsstelle voraussichtlich ab April nächsten Jahres die Arbeit aufnehmen.

Oberverwaltungsgericht: Habeck muss beim Knickschutz nachbessern CDU fordert Kompromiss mit Knickbesitzern

In dieser Woche erhielt Landwirtschaftsminister Robert Habeck für seine Knickschutzpläne einen herben Dämpfer. Vor dem Oberverwaltungsgericht in Schleswig erzielten drei Bauern einen Erfolg mit ihrer Klage gegen die Knickschutzverordnung. Insbesondere geht es um Widersprüche zwischen der Verordnung und den nachgeordneten Erlassen. Der Umweltminister muss nachbessern.

Heiner Rickers, agrar- und umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, forderte Habeck auf, auf die Landwirte zuzugehen. Er warnte SPD, Grünen und SSW davor, die Widersprüche durch eine weitere Verschärfung der Regelungen zu Lasten der Landwirte auszuräumen.

„Die Landwirte haben sich völlig zu Recht gewehrt. Nun muss Habeck seine Hausaufgaben machen. Ich rate ihm sich nun mit den Landwirten an einen Tisch zu setzen und eine gemeinsame Lösung mit ihnen zu finden.“

Es könne nicht sein, dass die Bauern weiter unter der jetzt bestehenden Rechtsunsicherheit zu leiden hätten.

CDU fordert gemeinsame Lösungssuche für Kameradschaftskassen der Feuerwehr Fraktionsarbeitskreis zu Besuch in der Landesfeuerweherschule



Petra Nicolaisen und Dr. Axel Bernstein zu Besuch in der Landesfeuerweherschule

Der Fraktionsarbeitskreis Kommunales hat sich bei einem Besuch der Landesfeuerweherschule über unterschiedliche Fragestellungen auf dem Gebiet der Feuerwehren informiert.

„In Schleswig-Holstein gibt es fast 50.000 aktive Feuerwehrleute, die sehr engagiert für die Sicherheit der Menschen arbeiten. Die Landesfeuerweherschule spielt eine zentrale Rolle bei der Fortbildung und leistet hier hervorragende Arbeit“, sagte die kommunalpolitische Sprecherin Petra Nicolaisen nach dem Besuch.

Gegenstand des Gesprächs, an dem auch Vertreter des Innenministeriums teilnahmen, war auch die derzeit im Landtag diskutierte Reform des Brandschutzgesetzes.

„Der Änderungsantrag von SPD, Grünen und SSW zu den Kameradschaftskassen war ein kommunikatives Desaster. Die Koalition trägt die Verantwortung dafür, dass die Feuerwehrverbände im Land in heller Aufregung sind. Hier zeigt sich mal wieder, dass Dialog bei der Koalition offenbar nicht bedeutet, mit anderen zu reden“, so Nicolaisen.

Die CDU werde sich an der Problemlösung konstruktiv und kritisch beteiligen. Eine Lösung müsse gemeinsam mit den Betroffenen erarbeitet werden, und nicht an ihnen vorbei.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de